



**MIT** MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSUNION  
HESSEN

Landesvorsitzender: Marco Reuter  
Landesgeschäftsführer: Lukas Henke

Michael-Henkel-Str. 4-6  
36043 Fulda

Tel.: 0661/93407-22  
Fax: 0661/93407-20,  
E-Mail: [geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de](mailto:geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de)  
Homepage: [www.mit-hessen.de](http://www.mit-hessen.de)

Wiesbaden, den 10. Juni 2022

## PRESSEMELDUNG

MIT Hessen kritisiert Entscheidung des EU-Parlaments

### **Reuter: „Verbrennerverbote stoppen Innovationskraft“**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Hessen kritisiert die Entscheidung des Europäischen Parlaments, dass ab dem Jahr 2035 in der EU keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr verkauft werden dürfen.

Marco Reuter, Vorsitzender der MIT Hessen äußert sich bestürzt zu dem Abstimmungsergebnis: „Die linke Mehrheit im Europaparlament stürzt uns sehenden Auges ins Elektrochaos.“ Es gebe bis dahin weder die Ladeinfrastruktur noch ausreichende leistungsfähige Netze und die nötige Stromversorgung. Auch aus einem anderen Grund sei die einseitige Festlegung durch Linke, Liberale und Grüne falsch, so Reuter: „Mit dem Verbot moderner Motoren verbaut sich Europa den Weg ins Zeitalter synthetischer Kraftstoffe.“

Reuter: „Das Prinzip der Technologieoffenheit wird bei dieser Entscheidung völlig außer Acht gelassen. Klimafreundliche Flüssigkraftstoffe in neuen Verbrennungsmotoren haben durch diese Entscheidung keinerlei Chance mehr. Neben der Elektromobilität muss auch auf andere klimafreundliche und zukunftsorientierte Technologien gesetzt werden.“ Die Politik sei gar nicht in der Lage zu entscheiden, welche Innovation in 5 oder 10 Jahren vielleicht besser als Elektromobilität sei.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Reuter fordert die Ampel-Koalition dazu auf das Vorhaben auf Ebene der Mitgliedsstaaten zu stoppen. Unternehmen der Automobilindustrie müssen die Möglichkeit haben, ihre entwickelten Technologien auf den Markt zu bringen. Gerade Hessen mit seinen traditionsreichen Automobilproduktionen in Rüsselsheim und Baunatal sowie den vielen Zulieferbetrieben wird die Folgen dieses Beschluss maximal spüren.

